



**BUND**  
**Naturschutz**  
**in Bayern e.V.**

Prof. Dr. Hubert Weiger  
Vorsitzender

### Rede zu 40 Jahre BN-Kreisgruppe Garmisch-Partenkirchen am 30.09.2015

Zwischen 2011 und 2015 feierten einige BN-Kreisgruppen ihr 40-jähriges Jubiläum. Die folgende Rede erscheint hier stellvertretend für die Jubiläumsansprachen des BN-Vorsitzenden Prof. Dr. Hubert Weiger.

### 40 Jahre Kreisgruppe Garmisch-Partenkirchen – Herausforderungen von heute

Lieber Axel Doering, werte Festgäste, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe aktive und engagierte Mitglieder und Freunde unserer Kreisgruppe Garmisch-Partenkirchen,

Herzlichen Dank für die Einladung zu ihrer 40-Jahres-Feier und gleichzeitig auch den Glückwunsch des Landesverbandes zu diesem Jubiläum und den Dank für das, was hier geleistet wurde und was ja bereits schon sehr eindrucksvoll, sowohl von Ihnen Frau Bürgermeisterin, wie auch vom stellvertretenden Landrat und auch von Axel Doering selbst, in kurzen Worten angesprochen wurde.

Eine stattliche Bilanz, auf die die Kreisgruppe stolz sein kann. Denn diese Bilanz, sie ist uns und der Kreisgruppe nicht zugefallen. Sie ist mit unendlich viel Arbeit verbunden. Arbeit, die ehrenamtlich geleistet worden ist und wird. Arbeit, die im Gegensatz zu vielen anderen Ehrenämtern in unserem Lande auch nicht auf eine komplette Unterstützung der jeweiligen Politik sich berufen kann, sondern die sehr häufig gerade im politischen Diskurs geleistet wird und die auch häufig nicht wertgeschätzt wird.

Und deshalb sind wir - ich glaube, ich kann hier für die Kreisgruppe sprechen, aber auch für den Landesverband - sehr dankbar, dass von Seiten der verantwortlichen Politik verdeutlicht worden ist, dass man nicht immer einverstanden sein muss mit dem was wir sagen, mit dem was wir fordern. Aber dass man dennoch dankbar dafür ist, dass es Menschen gibt, welche aufrecht nicht nur eigene Interessen vertreten, sondern Gemeinwohlinteressen.

Interessen des Natur- und Umweltschutzes sind Gemeinwohlinteressen. Wenn wir uns wehren gegen Straßen, wenn wir uns wehren gegen Eingriffe in Natur und Landschaft, dann nicht, weil wir unmittelbar betroffen sind, sondern weil wir Sorge haben um die Sicherung unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen, aber erst recht auch Sorge um die Zukunft kommender Generationen. Und deswegen, Herr Dr. Lempert, war es auch so eindrucksvoll, Sie zu erleben in Ihrem ungebrochenen Engagement für einen Klimaschutz, der tatsächlich der gewaltigen Herausforderung gerecht wird.

Leisten können wir diese gewaltige Aufgabe nur deshalb, weil wir nicht allein sind. Leisten können wir sie nur, weil wir viele weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben, in den Ortsgruppen, in den Vorständen unserer Ortsgruppen und im weiteren Umfeld des Verbandes.

Wir als Bund Naturschutz haben eine singuläre Situation. Wir können uns nicht nur auf Mitglieder stützen, die sich aus ideellen Gründen für Natur- und Umweltschutzgründen

Landesverband Bayern  
des Bundes für Umwelt-  
und Naturschutz  
Deutschland e.V.

**Prof. Dr. Hubert Weiger**  
**1. Vorsitzender**

Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg  
Tel. 09 11/81 87 8-10  
Fax 9 11/86 95 68  
hubert.weiger  
@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

einsetzen, sondern in vielen Fällen auch auf ausgewiesene Fachleute der unterschiedlichsten Richtungen, die uns ihr gesamtes Wissen kostenlos zur Verfügung stellen.

Deshalb ist es uns möglich, tatsächlich in die Auseinandersetzung zu gehen, um bessere Lösungen zu erringen, denn in vielen Fällen geht es nicht um die Frage des Ja oder Nein überhaupt. Es geht um die Frage, wie wir zu besseren Lösungen kommen. Zu Lösungen, die auch in Zukunft noch akzeptiert sind und man nicht befürchten muss, dass kommende Generationen sagen „Wie konnte denn das damals passieren?“

Darauf baut die Kreisgruppe auf. Auf die Arbeit vieler, die Natur- und Umweltschutz in unserem Lande schon geprägt haben, als es für die meisten Menschen noch ein Fremdwort war. Frau Dr. Eckel wurde ja bereits genannt. Ich hatte als junger Naturschützer das Glück, Sie in unserem Landesbeirat wiederholt zu erleben, Ihren Kampf gegen die Müllverbrennungsanlage und den Gesteinsabbau, genauso wie ihren Einsatz für das Murnauer Moos. Eine beeindruckende Persönlichkeit und zwar gerade beeindruckend wegen ihrer Beharrlichkeit und Ihres permanenten Werbens für ihre und damit für unsere gemeinsamen Positionen.

Wir bauen also auf der Arbeit vieler und sind dankbar, dass dies möglich ist. Ich empfinde es als ein persönliches Glück, über viele Jahrzehnte in einem solchen Verband wie dem Bund Naturschutz oder dem BUND zu sein. Zu erleben, wie auch innerhalb des Verbandes um Lösungen gerungen wie auch gestritten wird, wie es aber immer ein Streit um die Sache ist, der sich nie gegen Personen richtet, wenn man anerkennt, dass es legitim ist, auch andere Positionen zu vertreten. Dass es damit ein Werben um Mehrheiten in einem demokratischen Verband ist. Man kann nur stolz sein auf das, was gemeinsam hier erreicht und bewegt wurde. Denn wir haben, ich glaube nicht wir allein, aber mit anderen Organisationen - mit dem LBV, auch dem Deutschen Naturschutzring, auch der Bergwacht und auch engagierter Kommunal- und Landespolitik - haben wir es erreicht, dass in den letzten Jahrzehnten Natur- und Umweltschutz von einem absoluten Randthema zunehmend zu einem Thema der gesellschaftlichen Mitte geworden ist. Viele Menschen heute antworten auf die Frage „Wie geht es Ihnen? Wie sind Sie mit Ihrem Leben zufrieden?“, dass sie sehr wohl zufrieden seien. Auf die weitere Frage aber „Wie geht es künftigen Generationen?“, sagt die große Mehrheit der Bevölkerung „Künftigen Generationen wird es mit Sicherheit nicht mehr so gut gehen wie uns selbst“. Und zwar nicht bezüglich der materiellen Situation, sondern der gesamten Lebensumstände.

Dahinter verbirgt sich letztendlich auch etwas, worum wir lange Zeit gekämpft haben. Dass wir es endlich schaffen müssen, nicht nur in Wahlperioden zu denken, nicht nur in kurzfristigen Tagesentscheidungen zu denken, sondern endlich auch einen Horizont haben müssen, der darüber hinausgeht. Und dass wir erkennen müssen, wir sind in natürlichen Systemen eingebunden und wenn wir diese aus dem Gleichgewicht bringen, dann hilft uns jeder Wandel nichts mehr, dann ist es zu spät.

Darauf hat ja Herr Lempert vorher sehr eindrucksvoll hingewiesen. Da laufen entsprechende physikalische, chemische, biologische Prozesse automatisch ab, die wir nicht mehr beeinflussen können. Und das ist natürlich eine ungeheuer gewaltige Herausforderung für uns, nicht nur zu denken im Jetzt, sondern Denken: was passiert morgen.

Und vielleicht hilft uns zunehmend die Erkenntnis, mit der wir ja häufig konfrontiert werden, dass das, was wir wollen, der Wirtschaft nicht zuzumuten ist, dass es hier eben keinen Gegensatz geben darf zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen. Denn die Missachtung ökologischer Tatbestände wird über kurz oder lang zu gewaltigen ökologischen

Folgeschäden führen, die wesentlich größer sind, als alle ökonomischen Vorteile, die vorher erzielt worden sind. Wir sehen das an der aktuellen Atomdeponiedebatte.

Wir haben jahrzehntelang mit Hilfe der Atomkraftwerke billigen Strom erzeugt, wir haben damit auch den Wirtschaftsstandort Bayern stärker gemacht als andere Wirtschaftsstandorte. Wir haben immer so getan, dass wir schon etwas finden werden bis zum Ende der Laufzeit der Atomkraftwerke. Wir haben nichts gefunden und zwar nicht nur wir. Es gibt weltweit kein einziges gesichertes sogenanntes Endlager. Das heißt, die derzeit laufenden Atomkraftwerke, auch in Deutschland, vergrößern ein ohnehin schon kaum mehr lösbares Problem.

Wir sind als BUND beteiligt in der Kommission zur Endlagersuche, aber nicht zur Standortsuche, sondern zur Kriterienfindungssuche und in Rahmen dieser Kommission ist klar, dass wir eine Aufgabe vor uns haben, die so groß ist, wie keine Generation sie jemals gehabt hat. Denn wir müssen dafür sorgen, dass diese hochradioaktiven Abfälle für mindestens eine Million Jahre von allen entsprechenden Kreisläufen ferngehalten werden. Das sagen nicht nur wir, das ist als einstimmiger Beschluss des Deutschen Bundestages so formuliert zur Einsetzung dieser Kommission. Eine Million Jahre. Die Geschichte der ältesten Ackerbaukulturen Deutschlands ist gerade 9.000 Jahre alt. Das heißt, wir haben für 30.000 kommende Generationen mindestens Vorsorge zu treffen. Eine Aufgabe, die mit Sicherheit nicht lösbar ist.

Das heißt, wir können kein Endlager finden, wir können eigentlich immer nur Provisorien irgendwo nach aktuellem Zwischenstand realisieren, mit völlig offenem Ausgang.

Aber wir haben eben nicht nur dieses gewaltige physikalisch-chemische Problem zu lösen, sondern wir haben auch die Kosten zu tragen. Das heißt und deswegen bringe ich dieses Beispiel, tausende kommende Generationen tragen die Kosten der Tatsache, dass wir eine Technologie in die Welt gesetzt haben, die nicht beherrschbar ist und die nicht verantwortungsbewusst ist. Zwei Generationen haben die ökonomischen Vorteile genossen. Tausende und zwar zigtausende kommende Generationen tragen die ökonomischen Folgen. Das ist, glaube ich, ein eindrucksvolles Beispiel, dass die Missachtung grundsätzlicher ökologischer Tatbestände ein ökonomischer Wahnsinn ist, nicht nur ein ökologisches Harakiri. Und das heißt natürlich auch im Bereich des Klimaschutzes: Je später wir handeln, umso dramatischer sind die Folgen und umso unlösbarer ist letztendlich das gesamte Problem. Und deswegen, meine Damen und Herren, ist es gerade im Lichte dieser Kenntnisse so unverzichtbar, vor diesen gewaltigen Herausforderungen nicht zu kapitulieren nach dem Motto „Ja, was sollen jetzt wir vor Ort denn dann noch ausrichten können“, sondern sich klarzumachen: Die Lösung, sie beginnt vor Ort.

Die Lösung liegt mit Sicherheit nicht in irgendwelchen Beschlüssen von Klimakonferenzen, von Biodiversitäts- oder Energiekonferenzen weltweit. Die Lösung liegt darin, dass wir als eine der zentralen Industrienationen dieser Erde endlich erkennen, dass wir ernst machen müssen mit der Verringerung der Verbräuche. Wir müssen ernst machen mit Kreislaufwirtschaftssystemen. Wir müssen ernst machen mit einer ökologischen sozialen Energiewende, die möglichst rasch zu 100 Prozent der Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen führt. Wir müssen ernst machen mit dem Ausstieg, nicht nur aus dem Atom, sondern auch aus der Kohle. Wir müssen ernst machen mit einer Landnutzung, die kommenden Generationen entsprechenden fruchtbaren Boden hinterlässt und nicht nur zugeteerte oder asphaltierte Flächen. Wir müssen ernst machen mit der Erhaltung von landwirtschaftlichen Strukturen, welche die Regionalversorgung der Bevölkerung sicherstellen und zwar dauerhaft und krisensicher und nicht danach gerichtet sind, möglichst billige Lebensmittel oder besser Nahrungsmittel zu erzeugen, die deshalb so billig sind, weil

man andere Ressourcen weltweit billigst ausgebeutet hat, um die dann bei uns - Stichwort in der Fleischproduktion - zu veredeln. Wir müssen also selbst ernst machen.

Und deswegen ist die Arbeit unserer Kreisgruppen vor Ort so wichtig, ist auch die Arbeit unserer Kreisgruppe Garmisch-Partenkirchen in den letzten Jahrzehnten so wichtig gewesen. Denn ohne den Widerstand zum Beispiel gegen überbordende Trinkwasserentnahmen der Landeshauptstadt München, hätte es in München nie eine Diskussion über sparsameren Wasserverbrauch gegeben.

Das heißt, nur der Widerstand auch gegen Zerstörungsprojekte führt dazu, dass man überhaupt zum Umdenken kommt. Und eine der größten Leistungen des Verbandes war sicherlich - und da zitiere ich Klaus Töpfer, der bei unserer 40-Jahr-Feier in Marktheidenfeld vor wenigen Wochen das sehr treffend formuliert hat - dass der BUND zentral dazu beigetragen hat, dass es im Bereich der Natur- und Umweltpolitik eben dieses Unwort des Jahres „alternativlos“ nicht gibt. Wir haben uns immer für Alternativen eingesetzt und haben klargemacht, es gibt die Alternativen und sie sind dann möglich, wenn auch entsprechender politischer Wille dahinter ist und wenn wir bereit sind, die Grenzen der Belastbarkeit unseres Lebensraums anzuerkennen.

Wenn wir endlich bereit sind anzuerkennen, dass wir ernst machen müssen mit dem Schutz unserer natürlichen Ressourcen, Stichwort Hochwasser. Ich sage mal ganz deutlich, ohne die Weißtanne werden wir keine zukunftsfähigen Bergmischwälder in unseren Alpen haben und können am Ende den Hochwasserschutz von Passau endgültig vergessen. Da können wir Polder bauen so viel wir wollen, der Hochwasserschutz von Passau und der weiteren Donau und der Anlieger, er beginnt hier in unseren Alpen. Er beginnt in der Qualität unserer Wälder und deswegen muss hier investiert werden, da müssen wir entsprechend den Waldumbau voranbringen, da müssen wir auch den Grundsatz „Wald vor Schalenwild“ durchsetzen.

Es ist auch hier ein Wettlauf mit der Zeit. Ohne Sicherung der bäuerlichen Strukturen haben wir keine Chance, das Ziel nachhaltige und krisensichere Lebensmittelproduktion zu erreichen, denn, und das sagt ganz klar der Weltagrarbericht, wir brauchen die bäuerlichen Strukturen für eine bodengebundene Tierhaltung. Wir brauchen sie für Kreislaufwirtschaftssysteme. Wir brauchen sie für einen anständigen Umgang, nicht nur mit Tieren, sondern auch mit der gesamten Landschaft. Da sind bäuerliche Strukturen unverzichtbar. Das ist also kein neoromantischer Luxus, das ist schlichtweg ein Blick in die Zukunft.

Und ohne eine Verkehrspolitik, welche endlich Abschied nimmt von der Fixierung auf das Auto und die Abhängigkeit der gesamten Politik von der Automobilindustrie und deren Förderung. Wir erleben das ja eklatant am VW-Skandal, das ist nicht nur ein VW-Skandal. Diese Lumpereien sind möglich geworden durch den entsprechenden Schutzmantel, den auch unsere nationale Politik gegeben hat, vom Kraftfahrtbundesamt angefangen bis zum Bundesverkehrsministerium. Wir haben seit Jahren die Missstände aufgezeigt. VW hat gesagt, wir sind so mächtig, wir brauchen das nicht befürchten. Das Kraftfahrtbundesamt hat gesagt, kein Problem, und der Bundesverkehrsminister natürlich ebenfalls. Das heißt, wenn wir uns nicht davon befreien, werden wir uns immer abhängiger machen von solchen Strukturen. Wir haben es ja erlebt gerade, Stichwort Verkehrspolitik München/Garmisch. Die Bahn dümpelt vor sich hin, kein zweigleisiger Ausbau, nichts, und daneben soll die Autobahn letztendlich als Bundesstraße vierspurig weitergebaut werden.

Meine Damen und Herren, seit Jahren diskutieren wir also diese Alternativen und wir stellen nur fest, sie tun sich extrem schwer, weil es mächtigere Lobbygruppen gibt, als im Bereich des

Natur- und Umweltschutzes. Obwohl wir erreicht haben, dass unser Anliegen sicherlich von vielen Menschen geteilt wird - wir haben als Bund Naturschutz in Bayern inzwischen ein zentrales Ziel von vor 10 Jahren erreicht: stärker als die CSU zu sein. Die CSU hat 150.000 Mitglieder, wir haben jetzt 225.000 Mitglieder - das ist also erreicht.

Obwohl wir aber viele Menschen haben, die auch durch die Mitgliedschaft zum Verband sich zu dessen Zielen bekennen, haben wir noch nicht die zentrale Wende in der gesamten Politik erreicht.

Wir haben natürlich einzelne Fortschritte durch gemeinsame Arbeit. Erfolge im Naturschutz sind nie Erfolge eines Verbandes allein, sondern sind immer Gemeinschaftsleistungen bis hin zum Atomausstieg, bis hin zur Gentechnikfreiheit, bis hin zur Rettung von zentralen Lebensräumen die ja bereits schon genannt worden sind, die im Alpenraum, bis hin zur Rettung der freifließenden Donau.

Wir haben damit durchaus Entscheidendes erreicht, aber wir haben nicht die Wende geschafft. Wir haben nicht die Entkoppelung geschaffen vom Wachstum- und Ressourcenverbrauch. Wir haben zwar ein Kreislaufwirtschaftsgesetz, aber wir orientieren uns wieder mehr an der Wegwerfpolitik früherer Jahrzehnte. Denn es ist so leicht gemacht worden, inzwischen Abfälle wegzuerwerfen. Verpackungswahnsinn. Verpackungsorgien mehr denn je. Die Mehrwegverpackungen werden systematisch aus dem Markt verdrängt. Warum? Sie sind schwerer, die anderen sind leichter, sie werden billiger angeboten und vieles andere mehr. Das heißt, wir erleben auch immer wieder, dass dort wo wir gedacht haben, wir haben es geschafft, keineswegs. Das ist der Fall, ist ein permanenter Prozess. Die anwesenden Vertreter der Kommunalpolitik erleben das ja auch im Bereich ihrer eigenen Verantwortung. Also, wir haben diesen Prozess eben noch nicht geschafft. Und von daher, meine Damen und Herren, glaube ich, dass wir sowohl aus den Erfolgen, wie aus den Niederlagen der Vergangenheit Konsequenzen ziehen müssen in unserer Arbeit für die nächsten Jahrzehnte.

Drei zentrale Konsequenzen möchte ich hier kurz vortragen:

Konsequenz 1: Wir müssen eine umfassende Umweltbildungsoffensive starten. Wir müssen die Menschen wieder direkt an die Natur heranführen. Wir müssen ihnen, im wahrsten Sinne des Wortes, die Augen öffnen. Chancen bieten dazu Ganztagschulen, Chancen bieten auch zunehmend die Aufgeschlossenheit von Kindertagesstätten, Kindergärten und anderes mehr. Aber was wir brauchen ist endlich, dass die Umweltbildung in Bayern eben nicht nur als Aufgabe des Umweltministeriums gesehen wird, sondern dass sie verpflichtende Grundaufgabe in unseren Schulen und zwar aller Schularten wird. Mit entsprechender Intensität, mit entsprechender Lehrerfortbildung, dass die Lehrer auch wieder die Kinder draußen informieren können, dass sie keine Angst haben müssen mit Kindern rauszugehen, weil die Kinder vielleicht das eine oder andere besser kennen als sie selbst, weil sie auch als Biologielehrer keine Arten mehr kennengelernt haben.

Meine Damen und Herren, wir müssen also diese umfassende Umweltbildungsoffensive betreiben, weil wir feststellen, dass Grundkenntnisse des Lebens heute Spezialistenwissen sind. Wir haben in Deutschland eine Artenkenntnis, die sich gegen Null entwickelt. Der durchschnittliche Bundesbürger erkennt noch inzwischen vier Pflanzenarten und sechs Tierarten.

Das heißt, wenn wir von vielen Pflanzen- und Tierarten reden, sagen diese der großen Mehrheit der Bevölkerung überhaupt nichts. Sie sind letztendlich auch emotional nicht geprägt von dynamischen Gewässern, sondern von stehende Gewässer, von ausgebauten Flüsse. Sie werden zunehmend geprägt von Monokulturen und empfinden das dann am Ende noch als das Normale.

Deshalb brauchen wir eine umfassende Umweltbildungsoffensive, die eben nicht nur Wissen vermittelt. Wir brauchen vor allem Herzensbildung, Emotionalität im Umgang mit der Natur. Das heißt, wir brauchen wieder Schulgärten. Wir brauchen Schulbiotope. Wir müssen den Menschen wieder diese emotionale Bindung ermöglichen, denn nach allen Erkenntnissen wissen wir, die zentrale Prägungsphase ist zwischen 6 und 12 und dann kommt die Pubertät und dann gibt es was Wichtigeres.

Wenn Sie sich selbst fragen, warum Sie einen bestimmten Beruf ergriffen haben, warum Sie sich grundsätzlich mit diesem Thema beschäftigen, warum Sie mit im BN sind. Ich bin überzeugt, bei fast allen von Ihnen waren es prägende Kindheitserlebnisse. Prägende Jugend- oder Frühjugenderfahrungen, die Ihnen diese Liebe zur Natur gegeben haben. Das vergessen Sie nie!

Man führt ja in meiner Funktion viele offizielle Gespräche und oft stellt man im Lauf des Gesprächs fest „Jawohl, der gegenüber, er vertritt zwar eine völlig andere Position, aber er versteht dich wenigstens“. Ich habe mir angewöhnt, nach den Gesprächen, zu fragen, ob Sie mich verstanden haben. Es kommt immer die gleiche Antwort: „Natürlich habe ich Sie verstanden“. Und dann kommt als nächstes: „Ich war als Kind irgendwo draußen mit Freunden viel in der Natur und ich habe dort zentrale positive Kindheitserlebnisse gehabt und das hat mich bis heute geprägt. Ich verstehe Sie, aber ich vertrete nun mal eine andere inhaltliche Position“.

Das heißt, diese zentrale Prägung, die geht zunehmend für unsere Bereiche verloren und von daher, glaube ich, ist es so wichtig, dass wir hier uns noch mehr als bisher als Verband engagieren. Deswegen sind Kindergruppen so wichtig. Deswegen sind Exkursionen so wichtig und letztendlich ist es jetzt nicht nur eine Aufgabe für die Kindheit, für die Jugend, sondern genauso für die Erwachsenen, auch für die Entscheidungsträger im Bereich der Politik.

Wir haben erst heute darüber diskutiert: Im Bayerischen Landtag gibt es Jägerkurse. Der Bayerische Landesjagdverband macht für die jungen Abgeordneten regelmäßig Jagdkurse im Bayerischen Landtag. Wir plädieren seit Jahren dafür, es müsste Kurse geben für einen Öko-Führerschein, damit Grundkenntnisse ökologischer Zusammenhänge auch Eingang finden in die Politik, damit einfach klar ist, in welchen Systemen wir operieren, permanent eingreifen, ohne vielfach zu wissen, zu welchen Konsequenzen das führt, denn nur dann können auch entsprechende politische Entscheidungen anders und hoffentlich damit auch besser beurteilt werden.

Die zweite Konsequenz ist: Wir brauchen noch mehr als bisher breite Bündnisse. Wir brauchen neue Allianzen. Denn wenn wir was verändern wollen, dann heißt es Veränderung innerhalb demokratischer Entscheidungsstrukturen. Dann heißt es, wir brauchen Bündnisse, die weit über den traditionellen Bereich des Natur- und Umweltschutzes hinausgehen. Wir haben traditionell Bündnisse als Naturschützer mit Tierschutz, mit bäuerlichen Gruppen. Wir haben traditionell Bündnisse natürlich mit den anderen Naturschutzverbänden.

Wir brauchen aber Bündnisse mit Gewerkschaften. Wir brauchen auch Bündnisse mit Kreisen der Wirtschaft, die letztendlich zentrale Positionen wie wir vertreten. Ich war erst gestern in Stuttgart bei den Lebensmitteleinzelhändlervereinigungen Deutschlands, die sich genau als Lebensmittelfilialisten verstehen und die natürlich keine Chance haben bei einem Wettbewerbssystem, das am Ende von ALDI, LIDL und Co. diktiert wird und damit natürlich die Qualität völlig auf der Strecke bleibt.

Das heißt, wir erleben ja eben nicht nur Strukturzerstörungsprozesse im Bereich der Landwirtschaft, wir erleben sie ja genauso im Bereich des Einzelhandels, im Bereich des Mittelstandes und vieles andere mehr und wenn die Strukturen zerstört sind, dann gibt es eben keine Alternativen mehr. Von daher brauchen wir diese breiten Bündnisse und wir sind hier auf einem guten Weg in bestimmten zentralen Herausforderungen im Kampf gegen das transatlantische Freihandelsabkommen, das ja alle Lebensbereiche umfasst, auch im Übrigen die Kommunen in einer außerordentlichen Weise tangiert, die gesamte Kulturförderung betrifft, haben wir zum ersten Mal das breiteste Bündnis auf die Füße gestellt, das es bisher in Deutschland gegeben hat für die Großdemo am 10.10. in Berlin. Vom Natur- und Umweltschutz, über den Deutschen Gewerkschaftsbund, über den Bereich der Dritte-Welt-Gruppen, Kirchen, bis hin zum Bereich des Deutschen Kulturrates, einer Organisation in der alle 200 Vereinigungen in Deutschland, die mit der Kultur zu tun haben, zusammengeschlossen sind.

Das also zum ersten Mal Kultur schaffende, soziale Organisationen, Arbeitnehmerorganisationen teilweise mit den klein- und mittelständischen Unternehmen, also Wirtschaftsorganisationen und Natur- und Umweltschutz-organisationen gemeinsam im Kampf gegen dieses Freihandelsabkommen, nicht gegen Handelsabkommen generell. Wir brauchen Regeln, aber das müssen faire Regeln sein, die müssen transparent sein, sie dürfen eben nicht länger nur den Konzerninteressen dienen.

Aber diese Bündnisse brauchen wir auch verstärkt auf örtlicher Ebene, damit klar wird, das Anliegen das wir vertreten, ist eben ein Anliegen, das viele Menschen bringt und damit natürlich auch die Chance hat, vor Ort anders durchgesetzt zu werden.

Und drittens: Wir müssen uns gerade in kritischen Zeiten noch mehr als bisher klar werden, dass wir uns in einem gesamten Wirtschaftssystem befinden, welches ganz gezielt die Egoisten der Einzelnen fördert und die große Gefahr besteht, dass damit Gemeinwohlinteressen auf der Strecke bleiben. Und wir haben nur eine Chance das zu verändern: Durch demokratische Partizipationsinteressen und Möglichkeiten.

Die Erfolge, die Axel Doering ja erfreulicherweise mit vielen Freunden hier vor Ort erzielt hat im Kampf gegen die Olympiade, sie wären nie möglich gewesen ohne unsere bayerische Verfassung. Mit der Möglichkeit über die bayerische Verfassung entsprechende Bürgerentscheide durchzusetzen, die eben im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern nicht nur Appelle sind an Kommunen oder an das Land, sondern die Verpflichtungen nach sich ziehen.

Das ist der zentrale Unterschied, dass Bürgerentscheide einen ganz anderen Stellenwert haben. Das haben wir durchgesetzt über das Volksbegehren zur Sicherung von Bürgerentscheiden. Und das ist wiederum die Voraussetzung für solche Aktivitäten vor Ort und wir haben in vielen Fällen nur damit die Möglichkeit entsprechende Mehrheiten in der Bevölkerung auch zum Durchbruch zu verhelfen, denn sehr häufig sind die Verantwortlichen Gefangene entsprechender Entwicklungen.

Und vor diesem Hintergrund ist es so wichtig, dass wir uns auch als demokratischer Verband gerade in kritischen Zeiten der Demokratie für die Demokratie einsetzen und für demokratische Beteiligungsprozesse, für einen Ausbau dieser Beteiligungsprozesse.

Die bayerische Verfassung, sie ist ein Geschenk nach dem Zweiten Weltkrieg - Stichwort Wilhelm Hoegner - an das bayerische Volk. Wir haben sie nur noch, aber in den letzten Jahren viel zu wenig genutzt. Ob das der Artikel 141 (3) ist, der inzwischen uns die Möglichkeiten von Popularklagen gibt, mithilfe der die endgültige Zerstörung des Tegernseer Tals durch einen Schörghuber-Bau verhindert worden ist, weil zum ersten Mal auch Popularklage möglich

geworden ist im Bereich des Denkmalschutzes, wo Popularklagen möglich geworden sind durch die Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes gegen die Zersiedelung unseres Landes. Alles möglich durch den Artikel 141 der bayerischen Verfassung.

Die Abfallpolitik unseres Landes wäre eine völlig andere ohne das Abfallvolksbegehren damals, das bessere Abfallkonzept, denn wir haben die Regierungsfraktion dann damals dazu gezwungen, dass sie tatsächlich die Grundsätze der Abfallvorsortierung aufnehmen musste und deswegen hat heute Bayern die höchste Recyclingquote aller Bundesländer. Die höchste Recyclingquote Europas.

Wegen dieser Tatsache, wobei man immer gesagt hat: „Die Bürger machen nicht mit. Wir haben keine Plätze für entsprechende Behälter. Die Bürger sind zu dumm, Plastik von Metall zu unterscheiden. Die Bürger können das nicht und sie werden das vergessen.“ etcetera pp. Das Gegenteil war der Fall. Die Bürger hätten noch wesentlich mehr mitgemacht, wenn tatsächlich wir die entsprechenden Recyclinghöfe noch hätten wie wir sie damals hatten, aber wir haben damit 16 Müllverbrennungsanlagen, die in Bayern geplant waren, verhindert und zwar nicht durch den Widerstand vor Ort, sondern wir haben sie überflüssig gemacht. Wir haben ihnen den Müll, den Abfall entzogen. Einer der größten Erfolge, den wir uns im Regelfall nur nicht klarmachen, weil natürlich diese Müllverbrennungsanlagen nicht in der Gegend stehen. Zwei sind allerdings gebaut, das sind Ruinen für die nächsten Jahrzehnte in meiner Stadt Fürth und eine andere im Landkreis Ansbach.

Wir haben genauso Erfolge gehabt im Kampf gegen das Waldsterben. Durch die Mobilisierung vieler Menschen für den Wald mit dem gewaltigsten Luftreinhalteprogramm. Wir haben heute noch 10 Prozent der Schwefelbelastung in Deutschland wie Anfang der 90er Jahre. Innerhalb von vier Jahren europaweit letztendlich das größte Luftreinhalteprogramm durch unsere Arbeit hier in Bayern, in Deutschland auf dem Weg durchgesetzt worden. Die Tanne hat sich erholt, meine Damen und Herren, aber zurück.

Demokratische Prozesse haben dies alles ermöglicht. Und deswegen kämpfen wir so für unsere Demokratie und kämpfen auch dagegen, dass die mühsame Arbeit in demokratischen Strukturen schlecht gemacht wird - auch dieser Prozess läuft in unserem Lande -, sondern wir müssen ganz im Gegenteil diese Demokratie beleben. Wir müssen sie stärken und wir dürfen sie nicht schlecht reden, damit sie am Ende wieder kurzfristig den anderen Interessen geopfert wird.

Denn nur im Rahmen demokratischer Prozesse haben wir überhaupt eine Chance uns durchzusetzen, denn wir werden nie das Geld haben, das andere zur Verfügung haben, um Mehrheiten letztendlich für sich nutzen zu können. Wir haben nur die Chance, Mehrheiten zu gewinnen über die Bevölkerung und je mehr wir dies schaffen, umso eher können wir auch Entscheidendes bewirken und es beginnt natürlich im Kleinen.

Und von daher, meine Damen und Herren, ist die Arbeit unserer Kreisgruppe hier so wichtig, als Motivation für die Menschen vor Ort, als Motivation für den Gesamtverband und ihr könnt stolz sein auf das, was Ihr erreicht habt. Auch wenn man natürlich weiß, es reicht nicht aus, es liegen noch größere Herausforderungen vor uns: Es gibt keinen Anlass zur Resignation.

Deswegen ein herzliches Dankeschön für Ihre Treue zum Verband, für Ihre Treue vor allem, was wichtiger ist, zum Anliegen. Und ich kann Ihnen zum Schluss eines sagen, darauf sind wir auch im Bund Naturschutz und im BUND so stolz. Wir haben damals die Kreisgruppen gegründet - Anfang der 70er Jahre -, weil wir gesagt haben, es ist die einzige Chance, um uns als Bund Naturschutz unabhängig zu machen von staatlichen Zuschüssen, brauchen wir Mitglieder. Brauchen wir Unterstützer vor Ort. Das war der einzig richtige Weg, denn der Bund



Naturschutz finanziert sich seit vielen Jahren ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und kleine Spenden.

Wir sind der Verband, der ganz klar Ökosponsoring ablehnt im Gegensatz zu anderen Verbänden, der sich also damit weder von der Wirtschaft kaufen lässt, noch in Abhängigkeiten vom Staat begeben hat, um damit tatsächlich das vertreten zu können, was wir für wahr halten. Ob es dann tatsächlich so sein wird, das sollen künftige Generationen entscheiden.

Ich danke.

Als kleines Zeichen des Dankes des Landesverbandes an unsere Kreisgruppe darf ich stellvertretend für die Kreisgruppe dem lieben Axel diese Urkunde überreichen. Und jetzt kommt das, worauf viele schon warten, das ist die Verpflegung für unsere Kreisgruppe, die ja dann der Vorstand verteilt. Das sind Produkte, die im Rahmen von Projekten des BN entstanden sind.

Dankeschön.